

# 4 Inland

## Einbürgerungsoffensive zeigt Wirkung

**Proaktiv** informieren Städte wie Zürich Einbürgerungskandidaten per Brief über Verschärfungen im Verfahren, die 2018 in Kraft treten werden. Das führt zu einer Zunahme der Gesuche – und stösst in der SVP auf Kritik.

VON TOBIAS BÄR

**BERN** In der Schweiz leben rund zwei Millionen Ausländer. Fast die Hälfte von ihnen hat schon mindestens zwölf Jahre in der Schweiz verbracht. Diese Personen erfüllen also zumindest die Wohnsitzfrist, die der Bund für eine Einbürgerung voraussetzt. Und doch interessiert sich nur ein Bruchteil für den roten Pass: 2016 liessen sich rund 41 600 Personen einbürgern. Die Kurve zeigte zuletzt aber nach oben. Und im laufenden Jahr setzt sich dieser Trend fort: In den ersten fünf Monaten zählte der Bund rund 16 650 Einbürgerungen, 1250 mehr als im Vorjahreszeitraum.

Deutlich mehr Einbürgerungen verzeichnete zum Beispiel der Kanton Waadt. Dort wuchs die Zahl um zwei Drittel. Das ist deshalb interessant, weil der Waadtländer Regierungsrat die ausländische Bevölkerung im vergangenen Sommer explizit ermutigt hat, sich einbürgern zu lassen. Grund für die Informationsoffensive sind die neuen Einbürgerungsbestimmungen auf Bundesebene, die Anfang 2018 in Kraft treten. Zwar sinkt die Wohnsitzfrist von zwölf auf zehn Jahre. Dafür ist eine Niederlassungsbewilligung neu zwingende Voraussetzung. Zudem werden die Integrationsvoraussetzungen verschärft. Wer in den drei Jahren vor Einreichung des Gesuchs Sozialhilfe bezogen hat, dem wird die Einbürgerung künftig verwehrt.

### Brief von Stadtpräsidentin

Für Frédéric Rouyard, Sprecher des Waadtländer Amtes für Bevölkerungsdienste, steht die Zunahme nicht in einem direkten Zusammenhang mit dem Signal des Regierungsrats. «Der Kanton hat einzig per Communiqué auf die kommenden Verschärfungen hingewiesen.» Von einer Informationskampagne könne keine Rede sein. Für eine solche hat sich dafür die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch entschieden.



Die Einbürgerungsfeier im Zürcher Kongresshaus vom März 2016 war mehr als gut besucht.

Bild Key

Jene Ausländer, welche die nationalen und kommunalen Wohnsitzfristen erfüllen, erhielten Anfang Mai Post von der SP-Politikerin: Es sei «wichtig und erwünscht», dass sich Ausländer einbürgern liessen, wenn sie die Voraussetzungen dafür erfüllten, schrieb Mauch. «Mit einem Schweizer Pass können sie über die Zukunft unseres Landes mitbestimmen.» Die Verfahren dauern zu lange, als dass sich das Schreiben schon in der Zahl der Einbürgerungen niedergeschlagen haben könnte. Die kantonale Verwaltung hat in den letzten Wochen aber einen Anstieg der Gesuche aus der Stadt Zürich festgestellt. «Dieser Anstieg ist wahrscheinlich auf den Brief zurückzuführen»,

sagt Sarah Notter, Abteilungsleiterin Einbürgerungen im kantonalen Gemeindeamt. Sicher sagen lasse sich das aber nicht. Der grüne Luzerner Stadtrat Adrian Borgula hat sich Anfang Mai ebenfalls brieflich an die ausländischen Stadtbewohner gewandt, welche die Minimalanforderungen erfüllen. Die Aktion, die auf eine Forderung aus dem Stadtparlament zurückgeht, hat gemäss Borgula zu einer Zunahme der Anfragen geführt.

Der Präsident der SP MigrantInnen, Mustafa Atici, begrüsst das Vorgehen. Die kantonalen und kommunalen Behörden hätten grossen Nachholbedarf bei der Informationsvermittlung. «Häufig wenden sich einbürgerungswillige Per-

sonen mit den simpelsten Fragen an mich: Wo erhalte ich das Formular? Welche Unterlagen muss ich einreichen?» Es sei die Pflicht der Kantone und Gemeinden, die einbürgerungsberechtigten Ausländer per Brief über diese Punkte zu informieren. Atici's Heimatkanton Basel-Stadt tut dies bereits seit 2012. Eine Einbürgerung komme beiden Seiten zugute, so der SP-Politiker. «Der Eingebürgerte kann endlich politisch mitbestimmen. Und weil die Einbürgerung integrationsfördernd wirkt, profitiert auch die Gemeinschaft.»

### Vorwurf: Selbstsüchtige Motive

Eine ganz andere Sicht der Dinge hat der Zürcher SVP-Nationalrat Thomas Matter. Gerade ein Land wie die Schweiz mit seinen ausgeprägten direkt-demokratischen Mitbestimmungsrechten müsse den Erwerb des Bürgerrechts an besonders strenge Anforderungen knüpfen. «Folgerichtig hat das Parlament in Bern das Gesetz verschärft. Wenn nun einzelne Städte vor dem Inkrafttreten eine Einbürgerungsoffensive starten, dann verstossen sie gegen Treu und Glauben», sagt Matter. Es handle sich um eine koordinierte Aktion der Linken. «Sie hoffen auf zusätzliche Stimmen. Mit gutem Grund: Von den Neubürgern wählen überdurchschnittlich viele links.» Für Atici ist der Vorwurf, seine Partei handle eigenständig, «absurd». In den Kantonen und Gemeinden, die das Ausländerstimmrecht eingeführt hätten, seien politische Umwälzungen ausgeblieben.

Nicht überall ist die linke Forderung nach einer proaktiven Information der Einbürgerungskandidaten auf offene Ohren gestossen. Die Regierungen im Aargau und im Thurgau haben sich dagegen ausgesprochen. Ebenso die St. Galler Stadtregierung. Diese hielt vor wenigen Tagen fest, den Einbürgerungskandidaten stünden genügend Informationsquellen zur Verfügung.

### Fernverkehr

## Hurter: «Bedeutung von Schaffhausen wird verkannt»

**SCHAFFHAUSEN/BERN** «Die Region Schaffhausen wird abgekoppelt», sagte der Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter (SVP) Anfang Mai in den SN. Mit einer Interpellation kritisierte er diverse Aspekte der neuen «Wegleitung Fernverkehr», welche das Bundesamt für Verkehr (BAV) lanciert hatte. Diese Wegleitung sieht vor, dass das Schienennetz im Fernverkehr künftig in ein Basis- und ein Premiumnetz unterteilt werden soll, was nicht nur von Hurter kritisiert wird. Die Strecke Zürich-Schaffhausen würde dabei zur tieferen Kategorie des Basisnetzes gezählt.

Nun hat der Bundesrat Hurters Vorstoss beantwortet und das Ergebnis letzte Woche publiziert. Auf die Frage, warum Zürich-Schaffhausen nur als Basisnetz eingestuft werde, verweist der Bundesrat auf Schaffhausen als mittelstädtisches Zentrum. Zu den Premiumzentren gehören gemäss der Wegleitung nur Zürich, Basel, Bern, Lausanne und Genf. Als Teil des Basisnetzes würde Schaffhausen-Zürich mindestens einmal pro Stunde im Fernverkehr bedient. An der heutigen Situation ändere sich nichts, so der Bundesrat.

### Verbesserungen, aber wann?

Mit dieser Antwort ist Hurter nicht zufrieden: «Dabei wird die Bedeutung von Schaffhausen verkannt.» Es werde ausser Acht gelassen, dass Schaffhausen nicht nur Kantonshauptort, sondern auch an eine europäische Hauptverkehrsachse angebunden sei – an die nach Stuttgart. «Das ist doch ein Widerspruch, dass die Strecke nicht zum Premiumnetz gehören soll», sagt Hurter. Für ihn zeigt sich hier, dass sich die Schweiz immer mehr vom Wirtschaftsraum Stuttgart verabschiedet.

### Verbesserung ab Dezember

Der Bundesrat verweist in seiner Antwort hingegen darauf, dass ab dem Fahrplanwechsel im nächsten Dezember eine stündliche Verbindung Zürich-Stuttgart geplant sei. Allerdings sei aus technischen Gründen vorerst jeweils noch alle zwei Stunden ein Umsteigen in Singen nötig. Doch langfristig seien in Deutschland Ausbauten geplant, die den Einsatz von Neigezügen erlaubten. Doch auch der Bundesrat muss einschränken, dass deren Einsatz derzeit von deutscher Seite noch nicht zugesichert. Auf diese Perspektive vertrauen mag Hurter nicht: «Es ist uns allen doch klar, dass beim Bahnausbau auf dieser Strecke in den nächsten fünf bis zehn Jahren nichts passieren wird.» Die Pläne des BAV seien eine Gefahr für die Verkehrsanbindung der Schweiz an den süddeutschen Wirtschaftsraum, deshalb gelte es nun, genau hinzuschauen, wie es nun damit weitergehe. Das BAV bearbeitet derzeit die Rückmeldungen aus der informellen Vernehmlassung. Dabei wurde vor allem die Bezeichnung als Premium-beziehungsweise Basisnetz kritisiert. (sk)

## Rechenschaft nur in Ausnahmefällen

**BERN** Die Eltern erwachsener Behinderter sollen der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) im Normalfall keine Rechenschaft ablegen müssen. Das will die Rechtskommission des Nationalrates. Sie hat eine Initiative von Karl Vogler (CSP/OW) angenommen. Seit Inkrafttreten des neuen Rechts im Jahr 2013 werden Eltern erwachsener Behinderter als Beistände eingesetzt. Damit verbunden ist die Pflicht zur periodischen Berichterstattung gegenüber der Kesb. Das führte zu Kritik von Eltern, die während Jahren für ihre Kinder sorgten und plötzlich Rechenschaft ablegen müssen. Voglers Vorschlag sieht nun vor, dass Eltern neu nur dann Rechenschaft ablegen müssen, wenn besondere Umstände vorliegen. (sda)

## Der Datenschützer wehrt sich

**BERN** Der Datenschützer Adrian Lobsiger will verhindern, dass das Öffentlichkeitsgesetz geschwächt und sein Geltungsbereich eingeschränkt wird. Zudem setzt er sich für die Abschaffung von Gebühren für den Zugang zu amtlichen Dokumenten ein. Mit 22 770 Franken fielen diese Gebühren 2016 deutlich höher aus als in den vergangenen Jahren. 2015 lagen sie noch bei 13 663, 2014 nur bei 2600 Franken. Das geht aus dem Jahresbericht hervor, den der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte gestern den Medien vorstellte. Der Hauptteil der Gebühren entfiel im vergangenen Jahr auf das Wirtschaftsdepartement – mit 12 730 Franken für lediglich zwei Gesuche.

Kritisch äusserte sich Lobsiger erneut zu den Plänen des Bundesrats, ge-

wisse Bereiche vom Öffentlichkeitsprinzip auszunehmen. Er sorgte im vergangenen Jahr für Schlagzeilen, als er die Geheimhaltungspläne im Beschaffungswesen scharf kritisierte. «Wenn das Öffentlichkeitsgesetz nur noch für Wetterdaten gilt, dann können wir den Erlass vergessen», sagte er gestern. Einer grundsätzlichen Revision des Gesetzes, wie sie der Bundesrat anstrebt, steht er skeptisch gegenüber. Das Gesetz bietet aus seiner Sicht ausreichend Möglichkeiten, um Geheimhaltungsinteressen gebührend Rechnung zu tragen.

Lobsiger zeigte sich an der gestrigen Medienkonferenz zudem überzeugt, dass sich ein Engagement für den Schutz der Privatsphäre auch im Zeitalter der globalisierten digitalen Datenströme durchaus lohne. (sda/mjb)

## Anfangsmietzins nicht anfechtbar

**BERN** Die Rechtskommission des Nationalrates will die Möglichkeiten zur Anfechtung von Anfangsmietzinsen einschränken: Wohnungsmangel soll als Grund nicht mehr reichen. Die Kommission hat eine parlamentarische Initiative von Hauseigentümerverbandspräsident und Nationalrat Hans Egloff (SVP/ZH) mit 18 zu 6 Stimmen angenommen. Damit reagierte sie auf ein Urteil des Bundesgerichts. Dieses hatte vergangenes Jahr entschieden, dass der Mieter bei Wohnungsmangel den Anfangsmietzins unabhängig von einer persönlichen Zwangslage anfechten kann. Die Rechtskommission ist der Ansicht, dass damit die Hürden für die Anfechtung des Anfangsmietzins zu tief sind. (sda)

ANZEIGEN

### Fundgrube

#### Jetzt aber Gummi ...

A1443632

**Wasserschläuche aus Gummi** sind langlebig und umweltfreundlich. Qualität aus gutem Hause. Gummi Roost AG, Schaffhausen, Tel. 052 633 50 00, www.gummiroost.ch

#### reduziert ... reduziert ... reduziert

**Secondhand-Boutique Deuxième** A1443698  
Kirchhofplatz 14, SH, Tel. 052 624 99 44  
Di.-Fr. 9-11, 14-18 Uhr, Sa. 10-16 Uhr

#### Räumungen und Entsorgungen

bietet günstig an Ihre Galleria-13-Brockenstube, Zollstrasse 92, Neuhausen, Tel. 052 335 13 13 A1440792

**SCHIFFMÄNDLI**

DIE Erlebnis-Schiffahrt auf dem «rheinischen Amazonas» zwischen **Rheinfall-Rheinau-Eglisau**

**Z'Morgeschiff** am 25.06., 09.07., 23.07., 06.08., 20.08., 03.09., 17.09.2017

**Schleusenfahrten** am 02.07., 16.07., 30.07., 13.08., 27.08., 10.09., 23.09.2017

**Rheinfall - Rheinau - Rheinfall**  
Samstags und Sonntags, gem. Fahrplan (schöne Wanderwege entlang des Rheins ...)

**Chartern Sie ihr eigenes Schiff (ab 10 Pers. möglich) für Ihren persönlichen Anlass.**  
**Datum/Zeit und Strecke nach Wunsch.**

**NEU: Inspirations-Film auf schiffmaendli.ch**  
**Ernst Mändli AG, Nohl** A1443631  
Telefon 052 659 69 00 · www.schiffmaendli.ch

## Immobilien/Miete

### Schaffhausen

Zu vermieten, 2 Min. ab Bahnhof, in der Altstadt, Webergasse, SH

#### möbliertes 1-Zimmer-Apartment

Kochnische und Dusche.  
Tel. 052 624 76 06 od. 079 696 32 18

A1443665

**Ausschreibung bis Zinssatz**

Immobilien-Inserat online erfassen  
[www.shn.ch](http://www.shn.ch)